

dessen roten Faden zu verlieren. Es demonstriert ebenso ein vielfältiges Repertoire an Darstellungsformen des historischen Stoffes. Neben klassischen Synthesen finden sich klare Essays, zahlreiche Lexikartikel, Hand- und Lesebücher, ein historischer Reiseführer über Berlin, Biografien (z.B. *Willy Brandt. Der andere Deutsche*), Doppelbiografien (über *Die Worringers*), eine Comic-Biografie zusammen mit Ansgar Lorenz (ebenfalls über Willy Brandt), autobiografische Erinnerungen, Quelleneditionen (so die Dokumentation der Aufsätze von Waldemar von Knoeringen oder von Briefen und Aufzeichnungen linker Sozialisten 1944–48), Herausgeberarbeiten verschiedener Provenienz, zu internationalen Vergleichen (zusammen mit Thomas Meyer oder mit Werner Wobbe) über die Wirkung des europäischen Binnenmarkts und zuletzt, Fritz Sternbergs Erinnerungen an Bertolt Brecht. Methodisch spannt sich ein Bogen von der Politikgeschichte über die Sozial- und Ideen- bis zur Kulturgeschichte.

Manches entstand allein am Schreibtisch, nicht wenig zusammen mit anderen, fast alles im Austausch mit vielen. Die Beschäftigung mit der Geschichte der Arbeiterbewegung begünstigte das Pläne schmieden, Projekte entwerfen, die gemeinsame Arbeit.

Fragt man nach einer (vorläufigen) Bilanz der Beschäftigung Grebings mit der Geschichte der Arbeiterbewegung, dann könnte man mit Tony Judt (*Ill Fares the Land*) antworten, dass vieles von dem, was die »Grande Dame der sozialdemokratischen Geschichtsschreibung« (Neues Deutschland, 17.5.2013) eingehend beschrieben und die Arbeiterbewegung erreicht hat, in den letzten 30 Jahren verloren gegangen ist. Doch Helga Grebing, die in diesen Tagen 85 wurde, würde einem sogleich resolut mit Willy Brandt antworten: »Nichts kommt von selbst. Und nur wenig ist von Dauer. Darum – besinnt Euch auf Eure Kraft und darauf, dass jede Zeit eigene Antworten will und man auf ihrer Höhe zu sein hat, wenn Gutes bewirkt werden soll.«



Karsten Rudolph

lehrt Neuere und Neueste Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.

karsten.rudolph@rub.de

Stefan Liebich

Völkerrecht braucht eine starke UNO

Die SPD diskutiert über ihr Selbstverständnis und lädt Vertreter anderer Parteien dazu ein. Das ist, weil nicht selbstverständlich, bemerkenswert und sollte ein Beispiel geben. Wer Kontroversen gewinnbringend findet, wer an anderen Meinungen interessiert ist, der kann auch bessere Entscheidungen treffen und Kompromisse finden.

Der zu den Werkstattgesprächen der SPD-Grundwertekommission vorgelegte Text (nachzulesen auf: [\[hefte.de/Dokumente\]\(http://hefte.de/Dokumente\)\) zeigt, dass SPD und LINKE sich auch in der internationalen Politik in vielen Punkten nahe sind. Zu nennen wären die Fokussierung auf zivile Konfliktbearbeitung, der Vorrang von Prävention, eine Stärkung der Vereinten Nationen sowie das Streben nach einem sozialeren Europa und einer gerechteren Weltordnung. Wenn es dann allerdings um die konkrete Umsetzung innerhalb des Parlaments geht, unterscheiden sich beide Parteien noch in vielen Punkten substantziell.](http://www.frankfurter-</p>
</div>
<div data-bbox=)

Mir ist aus eigenen Erfahrungen in der SPD-PDS-Koalition im Land Berlin bewusst, dass sich nicht immer alle grundsätzlichen Positionen in konkretes Handeln umsetzen lassen. Viele Vorhaben werden durch Bündnisse, Verträge, Gesetze und mangelnde Ressourcen beschränkt. Es muss ein Weg zwischen dem Idealen und dem Machbaren gefunden werden. Darin liegt die Herausforderung für Politikerinnen und Politiker, wenn Politik glaubwürdig sein soll. Leider fehlt es der SPD-Position an dem Machbaren. Maßgeblich wird beschrieben, was es künftig zu tun gilt, leider wird dabei nicht auf die Realität oder die Argumente innerhalb der Regierung eingegangen. So wird zwar auf konkrete Abrüstungsvorhaben verwiesen, wie sie im Koalitionsvertrag beschrieben werden, doch real hat die Bundesregierung 2013 25 % mehr Rüstungsgüter in alle Welt geliefert als noch ein Jahr zuvor. Und auch die Worte des Bundeswirtschaftsministers Sigmar Gabriel, ein Verkauf von Waffen passe nicht zu den sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands, weshalb beim Export in den arabischen Raum äußerste Zurückhaltung geboten sei, werden aktuell konterkariert durch die Waffenlieferungen direkt in ein Kriegsgebiet an Kurdsinnen und Kurden im Kampf gegen den IS.

Das Jahr 2014 war ein schwieriges. Bestehende Konflikte haben sich verschärft, neue sind hinzugekommen. Nahrungsmittelungerechtigkeit, Wasserverteilungsprobleme, Wirtschaftskrisen, Ebola, tausende tote Flüchtlinge im Mittelmeer, der Ukraine-Konflikt, die Krise in Griechenland, der anhaltende Konflikt im Nahen Osten, das Erstarken des IS, das mörderische Vorgehen von Boko Haram, um nur die wichtigsten zu nennen.

Als Bundespräsident Joachim Gauck im Februar 2014 auf der Münchner Sicherheitskonferenz seine viel diskutierte Rede hielt, wusste er noch nicht, was in dem Jahr alles folgen würde. Ja, Deutschland findet sich in einer veränderten Rolle in der Welt

wieder, da hat der Bundespräsident recht. Doch die Schlussfolgerungen, die er daraus zieht, sind m.E. nach falsch. Deutschland ist keine Großmacht, trotzdem soll es als neuer Global Player mehr Einfluss auf die Weltpolitik nehmen. So jedenfalls lautet die zentrale Botschaft des Bundespräsidenten Gauck und der Bundeskanzlerin Merkel, die sich, gemeinsam mit Außenminister Steinmeier und Verteidigungsministerin von der Leyen, seit einiger Zeit um einen Richtungswechsel in der deutschen Außenpolitik bemühen.

Dieses Bemühen ist allerdings nicht auf eine verstärkte Konfliktprävention und die zielgerichtete Überwindung gravierender Ungerechtigkeiten in der Weltwirtschaft ausgerichtet, sondern, ganz im Gegenteil, es wird um eine bessere Ausstattung der Bundeswehr gerungen. Waffenlieferungen auch in Krisenländer werden weiter genehmigt und der Einsatz von Bundeswehrsoldaten im Ausland findet als »letztes Mittel« immer stärkere Präferenz. Und vor dem Hintergrund des Ukraine-Konflikts verlangt die NATO noch mehr Rüstungsinvestitionen.

Dabei, das konstatiert die SPD richtig, ist der »US-amerikanische Weg« gescheitert. Afghanistan, Irak oder Libyen sind Länder, die dies wohl am deutlichsten zeigen. Die vorgeblich begrenzten Interventionen, die Illusion von »no boots on the ground«, der Vorrang für Spezialkräfte, »targeted killings« und »chirurgische« Luftschläge haben nicht mehr Demokratie und Menschenrechte, sondern mehr Hass und Gewalt gebracht.

Ungeachtet dessen übersetzt die Bundesregierung ihre gewachsene Verantwortung fast ausschließlich mit mehr Beteiligung an militärischen Interventionen. Sie versteht ihre Verantwortung für die Welt falsch, und die SPD geht trotz der korrekten eigenen Analyse tunlichst den notwendigen Auseinandersetzungen mit dem Koalitionspartner CDU und ebenso auf internationaler Ebene aus dem Weg. Dabei

hätte die SPD im Konflikt mit jenen, die immer noch den militärischen Lösungen anhängen, einen starken Verbündeten: die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik. Eine Studie von TNS Infratest Politikforschung für die Körber-Stiftung im Sommer 2014 ergab, dass sich 68 % der Deutschen stark bis sehr stark für Außenpolitik interessieren. 60 % seien der Ansicht, dass Deutschland seinen bisherigen Kurs der außenpolitischen Zurückhaltung beibehalten soll. Nur 37 % waren der Meinung, dass es eines vermehrten Engagements bedarf. Außerdem belegt die Umfrage deutlich, dass die Ansicht des Bundespräsidenten, die Deutschen würden »Deutschlands historische Schuld benutzen, um dahinter Weltabgewandtheit oder Bequemlichkeit zu verstecken«, nicht zutrifft. Noch 1994 waren 62 % der Deutschen der Meinung, dass sich die Bundesrepublik mehr im Ausland engagieren solle. Innerhalb von nur 20 Jahren hat sich das Bewusstsein komplett verändert, nicht, weil plötzlich das historische Bewusstsein der Deutschen erstarkt ist, sondern sich in den Jahren seit 2001 sehr deutlich gezeigt hat, dass militärische Interventionen langfristig mehr schaden als nutzen.

Zentraler Punkt des außenpolitischen Handelns muss das Völkerrecht sein. Wir brauchen diese verbindliche Rechtsgrund-

Das Völkerrecht steht im Zentrum

lage. Hier darf es keine Ausnahmen oder doppelten Standards geben. Niemals darf das Völkerrecht in einer Weise gering geschätzt werden, wie es Joachim Gauck getan hat als er sagte: »Und ich weiß auch um das Spannungsverhältnis zwischen Legalität und Legitimität, das fortbestehen wird, solange der Sicherheitsrat in diesen Fragen so oft gespalten ist.« Angesichts der nachfolgenden Ereignisse auf der Krim hätte er seine Worte vielleicht anders gewählt. Ja, Russland hat das Völkerrecht gebrochen und sie sind nicht die Einzigen. Viele Politikerinnen und Politiker vergessen in ihrer Entrüstung über Putin,

dass dies nicht der erste Bruch des Völkerrechts war. Erinnert sei da etwa an die »Operation Urgent Fury« in Grenada durch die USA unter Präsident Reagan im Jahre 1983. Die Vergehen in der jüngeren und älteren Vergangenheit dürfen jedoch keine Rechtfertigung für eine grundsätzliche Abkehr vom Völkerrecht in der Gegenwart sein. Im Gegenteil: Sie sollten uns zeigen, wie dringend notwendig eine verstärkte Verankerung und Wertschätzung ist.

Damit das Völkerrecht auch durchsetzbar wird, braucht es starke Vereinte Nationen. Wir sind uns einig, dass ohne eine handlungsfähige Weltorganisation die Krisen unserer Zeit nicht erfolgreich zu entschärfen oder gar zu lösen sind. Es bedarf einer gründlichen Reform der UNO, damit globale Probleme und Herausforderungen wie Klimawandel, Armut, Massenerkrankheiten, Kriege, Sicherung der Nahrungs- und Energieversorgung sowie die Schaffung gerechter Handelsstrukturen sinnvoll angegangen werden können. Das Missverhältnis der Staaten im Sicherheitsrat, dessen Zusammensetzung noch auf einer gänzlich anderen Weltordnung basiert, die Machtlosigkeit der Generalversammlung, müssen nicht nur diskutiert und überdacht, sondern auch in absehbarer Zeit verändert werden. Dabei bleibt die Friedenssicherung die zentrale Aufgabe der Vereinten Nationen. Die Androhung oder Anwendung von Gewalt in internationalen Konflikten im Widerspruch zur Charta der Vereinten Nationen wird von uns abgelehnt, von wem auch immer sie ausgeht.

Wer, wie in den Kriegsfällen Syrien oder Irak, Koalitionen von Willigen zusammenstellt, die bei der Durchsetzung von selbstdefinierten Zielen helfen sollen, schwächt die Vereinten Nationen immens und nimmt billigend in Kauf, dass die dortigen Beschlüsse nicht mit der notwendigen Ernsthaftigkeit beachtet werden.

Die SPD beleuchtet noch einen weiteren Akteur zu Recht: die OSZE. Die wach-

sende Bedeutung der »Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa« zeigt sich gerade in der Ukraine-Krise. Dort, wo es zu Fortschritten bei der Konfliktlösung kam, war die OSZE involviert. Als parteisches Militärbündnis wird dagegen die NATO in der Ukraine immer ein

Nicht die NATO sondern die OSZE stärken

Problem und nie die Lösung sein. Sie wird nach ihrer Expansion nach 1990, nicht zuletzt auch mit Blick auf den Raketen-schild, von Russland als Bedrohung wahrgenommen. Langfristig kann es aber einen stabilen Frieden in Europa nur mit Russland geben, auch das zeigt der Konflikt in der Ukraine sehr deutlich. Weil sowohl Russland und die Ukraine als auch die USA und die Länder der EU Mitglieder in der OSZE sind und hier auf Augenhöhe beraten werden kann, ist die OSZE die einzige Brücke auf dem schwierigen Weg, den Frieden wiederherzustellen und dauerhaft zu sichern. Dabei muss ein zentrales Ziel die Abrüstung aller Partner sein, sowohl verbal als auch faktisch.

Die Qualifizierung der OSZE als internationaler Konfliktmanager darf nicht aufgeschoben werden. Deutschland sollte nicht darauf warten, dass es im kommenden Jahr die Präsidentschaft von Serbien übernimmt, sondern sollte frühzeitig darauf hinwirken, nicht zuletzt weil der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland keinen Aufschub duldet.

In seiner Rede bei der DGAP hat Wirtschaftsminister Gabriel einige wichtige Punkte zur Rüstungskontrolle und zum Rüstungsexport angesprochen, die sich auch in den SPD-Positionen wiederfinden und die Die Linke ausnahmslos teilen würde, wenn sie denn auch dem Regierungshandeln entsprächen. So sagte Gab-

riel völlig zu Recht, dass »die geltenden Spielregeln missachtet« wurden. Auch gab er an, dass die derzeitige Herausforderung, den »Islamischen Staat« bekämpfen zu müssen, daher rührte, dass in der Vergangenheit zu viele Waffen in die Region geliefert worden seien. Und dennoch wurden jetzt weitere Waffen aus Deutschland geliefert – an die Kurdinnen und Kurden im Nordirak, die gegen den IS kämpfen. Niemand weiß, in welche Händen diese Waffen in Zukunft gelangen können. Aus unserer Sicht wäre ein Ende aller Rüstungsexporte der richtige Weg. Nur so kann gewährleistet werden, dass deutsche Waffen nicht missbraucht werden. Neben Feuerwaffen, Panzern oder Hubschraubern geht es auch um Drohnen, Kampfroboter und Cyberkrieg – allesamt »Errungenschaften« des »Westens«. Sie gehören geächtet. Längst werden diese neuen Technologien der Kriegsführung auch gegen ihre Erfinder genutzt. Der Virus Stuxnet wurde 2010 von Siemens entwickelt und legte, mutmaßlich auf Betreiben der USA, iranische Computer lahm. Auch das iranische Atomkraftwerk Buschehr meldete Störungen durch Stuxnet. Jetzt hackten sich Terroristen des IS in einen Twitter-Account des US-Militärs ein. Die Entwicklung immer neuer Waffengattungen geht mit einer immer weiter wachsenden Gefährdung der zivilen Gesellschaften weltweit einher. Diese Spirale der Hochrüstung gilt es zu unterbrechen.

Mein Fazit: SPD und LINKE sind sich in ihren Grundsätzen durchaus nahe. Wenn diese Grundsätze auch das sozialdemokratische Handeln in Parlament und Regierung bestimmen, dann steht einer engeren Zusammenarbeit für eine verantwortungsvolle Außen- und Europapolitik kaum etwas im Wege.



Stefan Liebich

MdB, ist für die Partei DIE LINKE Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages.

stefan.liebich@bundestag.de